

Christoph Butterwegge
(unter Mitarbeit von Lüder Meier):
Rechtsextremismus,
Verlag Herder Freiburg i. B. 2002,
191 S. (9,90 €) (I)
Detlef Joseph:
Nazis in der DDR.
Die deutschen Staatsdiener
nach 1945 – woher kamen sie?,
edition ost im Verlag Das Neue
Berlin Berlin 2002, 218 S.
(12,90 €) (II)

Es ist wieder ruhig geworden um den Rechts-extremismus. Die Welle rechter Gewalt in Deutschland, namentlich im Osten, ist nach ihrem spektakulären Höhepunkt 2000/2001 etwas abgeflaut. Öffentlich spielt eher der Streit um die V-Leute des Verfassungsschutzes eine Rolle: Haben sie nur getreulich über rechtsextremistisches Verhalten informiert oder selbst als agents provocateurs die ganze Angelegenheit angeheizt? Nicht nur der laufende NPD-Verbotsprozeß gibt Spekulationen reichlich Nahrung. Ähnlich ruhig ist es um die rechtsextremistischen Parteien in Westeuropa geworden, die in die Regierungen von Österreich, Italien, Dänemark oder den Niederlanden gewählt worden sind. Der »Aufstand der Anständigen« ist nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil wichtige Positionen der Rechts-extremisten ihren Platz »inmitten der Gesellschaft« haben. Diese Positionen – namentlich jenes: »Das Boot ist voll« – gehören zum akzeptierten Selbstverständnis »demokratischer« Parteien.

Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler an der Uni Köln, hat als Kenner der Materie das Verdienst, mit seinem jüngsten Band griffig und ideal vor allem für Lehrende Grundlagen und Mechanismen des Rechts-extremismus erfaßt zu haben. Berechtigt kritisiert er, daß dieses »komplexe Phänomen« sich zwar nach Ideologien, Organisationen und Gewalttaten unterteilen läßt. In der einschlägigen Literatur würde aber meist das Schwergewicht auf den organisierten Rechts-extremismus gelegt und die ideologischen Grundlagen vernachlässigt: Rassismus, Natio-

nalismus, Biologismus, Sozialdarwinismus, Sexismus, Autoritarismus und Militarismus. Der Autor wendet sich zudem jenen oft ausgeblendeten Strukturen zu, »die deren Umsetzung in Politik bzw. politische Gewalt ermöglichen« (I/S. 9).

Er untersucht Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit und Xenophobie, Rassismus und Ethnozentrismus, Rechtsradikalismus, -extremismus und -populismus sowie Neofaschismus und -nazismus in ihrer historischen Entstehungsgeschichte, theoretischen und politischen Einordnung. Seine Arbeitsdefinition: »*Rechtsextrem* nennen wir Strömungen und Bestrebungen, die – häufig unter Androhung und/oder Anwendung von Gewalt – demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. ganz abzuschaffen, in der Regel sozial selbst benachteiligte, sich aufgrund körperlicher Merkmale wie Hautfarbe, Körperbau oder Haarbeschaffenheit, der Herkunft, weltanschaulichen, religiösen oder sexuellen Orientierung nach unterscheidbaren, von der gültigen »Standardnorm« abweichende Minderheiten auszugrenzen, auszuweisen oder – im Extremfall – auszurotten und jene Kräfte auszuschalten oder zu schwächen suchen, die für deren Integration, das Ziel der gesellschaftlichen Emanzipation und Mechanismen demokratischer Partizipation eintreten.« (I/S. 22) Mit diesem weiten Begriff werden unterschiedliche Spielarten erfaßt, die partiell bis in etablierte Parteien hineinwirken. Er schließt damit jene »populistischen« Strömungen ein, die entsprechende Ziele vertreten, wobei »Populismus« mehr auf Art und Weise der Politmachart und -propaganda abzielt denn auf die schillernden Inhalte. Dagegen hält der Autor die vor allem in der früheren DDR-Literatur verwendeten Begriffe von Neofaschismus und -nazismus für nur bedingt geeignet. Allerdings: Mit ihnen »wird ... sehr präzise eine Teilmenge des gegenwärtigen Rechtsextremismus bezeichnet, die sich vom Rest durch Traditionalismus, besondere Militanz und größeren Fanatismus unterscheidet. Nicht jeder Rechtsextremist ist demnach ein Neonazi, jeder Neonazi allerdings ein Rechtsextremist.« (I/S. 24/25)

Einen breiten Raum nimmt die Suche nach Deutungsmustern für das Funktionieren von Rechtsextremismus ein, die unmittelbar Feld der theoretischen und politischen Auseinan-

dersetzung sind. Es werden sechs typische Muster aufgezeigt. Entscheidend ist, daß sie alle jene Ursachen ausgrenzen, die in der Gesellschaft insgesamt liegen. Sie seien »(pseudo) wissenschaftliche Konzeptionen«, die dafür sorgen, daß dieses Problem »nie auch nur ansatzweise gelöst oder eingedämmt« wurde (I/S. 101). Vor 1989 wurde der Rechtsextremismus als »historisches Auslaufmodell« oder »jugendliches Rowdytum« bagatellisiert, gar als Zeichen der Normalisierung anerkannt, mit einer Extremismustheorie die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus vorgenommen. Mit dem Ende der DDR und der sichtbaren Anfälligkeit Ostdeutschlands für rechtsextremistische Aktivitäten und Gewalttaten wurde das Deutungsspektrum erweitert. Rassistisch motivierte Jugendgewalt erschien nun als Desintegrationsphänomen der »Risikogesellschaft«; es wurde über Rechtsextremismus als Nebenfolge gesellschaftlicher Benachteiligung reflektiert, die sich in »Jugendprotest« und »Protestbewegung« manifestieren; Gewalt wird als Produkt fehlender oder falscher Erziehung erklärt, an dem linke, 68er-sozialisierte Lehrer schuld seien.

Butterwegge stellt dem ein Erklärungsmodell gegenüber, das in komplexer Form die kapitalistische Gesellschaft in ihrer neoliberalen Ausformung für das Erstarken bzw. Wiedererstarken rechtsextremistischer Positionen, Haltungen, Ideen und Strukturen verantwortlich macht. (Standort-)Nationalismus, Rassismus und rechte Gewalt finden so ihre Erklärung in der »Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems«, der Globalisierung als »neoliberale(r) Modernisierung nicht nur des Wohlfahrtsstaates, sondern fast aller Bereiche der Gesellschaft sowie bestimmte(r) Erblasten der politischen Kultur. Der modernisierte Rechtsextremismus stellt eine ideologische Mixtur marktradikaler Ideen ... und einer neuartigen Form des Nationalismus dar.« (I/S. 120) Ein besonderes Feld von Argumentation und Ursachensuche ist, das zeigen bereits Wandel und Erweiterung der Deutungsmuster nach 1989, der scheinbar nahtlose Übergang der DDR-Gesellschaft mit ihrem sozialistischen Anspruch und diktatorischen Verhältnissen zu einer Teilgesellschaft, die im Rahmen einer demokratisch verfaßten Gesellschaft sichtbar rechtsextremistisches Denken und

Handeln, nicht zuletzt brutale Gewaltakte mit Toten und »national befreite Zonen« zuläßt. Auch hier geht der Autor kritisch mit vorherrschenden Deutungen um. Ostdeutscher Rechtsextremismus reduziert sich für ihn nicht auf ein Produkt der »Wende« bzw. Wiedervereinigung, noch ist er »ausschließlich eine politische Hypothek des SED-Regimes« (I/S. 86). Allerdings bezieht er auch das autoritäre und (wohl in geringerem Maße) ein unterstelltes nationalistisches und ausländerfeindliches Erbe der DDR ein, ohne dabei die neuen gesellschaftlichen Bedingungen aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Detlef Joseph, in der DDR Rechtsprofessor, sucht seine Auseinandersetzung mit jenen Wissenschaftlern und Politikern, die plakativ einem »verordneten Antifaschismus« und einer ungenügenden Auseinandersetzung mit dem faschistischen Erbe in der DDR die Schuld für rechtsextremistische Gewalt in Ostdeutschland geben. Dagegen will er Fakten setzen. Überzeugend verweist er auf die antifaschistische Stoßrichtung des heute gern ausgeblendeten kommunistischen Widerstands mit den ersten Opfern des NS-Regimes und auf die antifaschistischen Ziele der Umwälzungen nach 1945 hin. Kommunisten wie Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten konnten dort mit wohlwollender und tatkräftiger Unterstützung einen radikalen Elitewechsel organisieren, die verantwortlich gemachten sozialökonomischen Grundlagen des Faschismus ausmerzen und jene volkdemokratischen Strukturen etablieren, die verhindern sollten, daß jemals wieder der Faschismus eine Chance bekommt. Da dies aber mit den Praktiken einer anderen Diktatur verbunden war, konnten genau jene Ansätze sich nicht entfalten, die für eine dauerhafte demokratische Verankerung so wichtig gewesen wären. Diese Dialektik deutlich zu machen, ist leider des Autors Sache nicht. Zudem übernimmt er sich in vielen Passagen, denn er sucht nicht allein die Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen einer Kritik an dem »verordneten Antifaschismus«, sondern will dies auch am praktischen Verlauf der Entnazifizierung in Ost wie West belegen. Er bezieht deshalb berechtigt, wenn auch nicht akribisch und immer überzeugend, den Umgang der beiden deutschen Staaten mit dem

NS-Erbe und ihren einstigen Kadern ein. Denn gerade die Zweideutigkeiten des DDR-Umgangs, der sich nicht nur gegen Nazis, sondern auch gegen andere politisch als Feinde Verdächtige richtete, machte die Angelegenheit so angreifbar. Was Joseph zu den Säuberungen der einstigen Funktionseliten in beiden deutschen Staaten von NS-Aktivisten schreibt, ist lesenswert. Auch die Erinnerung an deren schließlich weitgehend reibungslose Integration in die westdeutschen Eliten ist außerordentlich wichtig. Nur neigt er angesichts oft unberechtigter Angriffe auf die DDR-Praxis immer wieder zur Polemik, ohne in jedem einzelnen Fall akribisch die Fakten aufzuzeigen, warum ehemalige NSDAP-Mitglieder in der DDR eine politische Heimat und Verantwortung finden konnten. Wichtig sind selbstredend seine Hinweise auf bürokratisch vollzogene Masseneintritte zu Hitlergeburtstagen und ähnlichen, von den betroffenen Personen nicht nachvollziehbaren Dingen. Ebenso berechtigt ist der heute weitgehend ausgeblendete Verweis auf die Anstrengungen der sowjetischen Besatzungsmacht wie der DDR, ehemalige Nazis in eine gesellschaftliche Entwicklung zu integrieren und nicht nur auszugrenzen.

Josephs Buch macht bei allen Nachteilen deutlich, daß es zwar manche Ungereimtheiten im DDR-Antifaschismus gegeben hat, daß aber der unmittelbare Prozeß der antifaschistischen Säuberungen und des Umgangs mit den Nazis nicht die direkte Ursache für rechts-extremistische Aktivitäten nach 1989 sein konnte. Eine andere Frage, der sich Joseph im gewählten Kontext hätte stellen müssen, ist jedoch die nach einer differenzierten, bis in die Familien hineingetragenen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und seinen durchaus auch integrativ-korumpierenden Aspekten. Daran scheiterte aber das Land der »historischen Sieger« mit seinen zu oft ritualisierten Ehrungen zumal in seinen letzten Jahrzehnten. Die DDR-Jugend verlor nicht nur die sozialistischen Ideale, sie hatte auch einen sinkenden Bezug zum antifaschistischen Selbstverständnis ihres Landes. Es ist auch die Frage nach dem Umgang von SED, Sicherheitsorganen und Gesellschaft mit jenen zumindest in den achtziger Jahren zu beobachtenden »systemkritischen« Positionen Jugendlicher, die

mit Rückgriff auf NS-Symbolik und -Inhalte Opposition praktizierten.

Butterwegge sucht bewußt nach Gegenstrategien für Politik und Pädagogik/Sozialpädagogik. Er macht deutlich, daß Bildungsarbeit – wozu auch jene Informationen von Joseph gehören müßten – allein nicht ausreicht. Emotionen müssen geweckt werden. Vor allem aber bedarf es des Brechens mit der neoliberalen Standortlogik und den sozialökonomischen Ursachen, die zum Rechtsextremismus führen.

STEFAN BOLLINGER

Michael Hardt, Antonio Negri:
EMPIRE. Die neue Weltordnung,
Campus Verlag Frankfurt/
New York 2002,
462 S. (34,90 €)

›Empire‹ definieren die Autoren das »politische Subjekt, das den globalen Austausch reguliert, die souveräne Macht, welche die Welt regiert«. »Mit dem globalen Markt und mit globalen Produktionsabläufen entstand eine globale Ordnung, eine neue Logik und Struktur der Herrschaft – kurz, eine neue Form der Souveränität.« (S. 9) Damit grenzen sie sich prinzipiell von Konzepten ab, die Globalisierung auf die Vollendung des kapitalistischen Weltmarkts reduzieren. Die fundamentale Neuheit imperialer Herrschaft erklären Hardt/Negri aus drei grundlegenden Veränderungen – der Globalisierung selbst, der Veränderung der Produktionsweise und der Veränderung der tätigen Subjekte. So haben wir es hier mit einer komplexen Gesellschaftsanalyse und Epochenkritik zu tun. Schließlich fragen die Autoren nach dem Widerstand der Beherrschten, nach Alternativen zum ›Empire‹. Sie wollen zeigen, wie die grundlegenden Wandlungen der letzten Jahrzehnte parallel und in gegenseitiger Beeinflussung verlaufen. Teil I analysiert die gegenwärtige politische Konstitution und führt tragende Begriffe ein. Teil II und III untersuchen die Herausbildung des Kapitalismus und den Übergang von seiner industrieökonomisch-fordistisch-nationalstaatlichen Form zur informationsökonomisch-

toyotisch-globalisierten Form. Dies wird auch als Übergang von der Moderne zur *Postmoderne* bezeichnet. Damit geben die Autoren beiden Begriffen einen eigenen, noch diskussionsbedürftigen Inhalt. In Teil II werden die Passagen der Souveränität und in Teil III die der Produktion dargestellt. Teil IV ist dem Untergang und Fall des Empire, dem ›Gegen-Empire‹ gewidmet.

Bestimmende Übergänge sind die der Weltordnung insgesamt: Sie geht über vom *Imperialismus* zum *Empire*; auf rechtlichem Gebiet wird das *internationale* Recht überwölbt vom *supranationalen*, Macht wandelt sich von *Disziplinarmacht* zur Kontrollmacht, das *Ordnungsprinzip der Hierarchie* wird verdrängt durch *Netzwerke*, das *Ontologische* tendiert von *Transzendenz* und *Dialektik zu Immanenz und Hybridität*; Produktion geht über von der *Industrialisierung* zur *Informatisierung* und lebendige Arbeit wird vorrangig zu *immaterieller Tätigkeit*.

In allen diesen Übergängen decken die Autoren Gemeinsames auf: Räumliche und qualitative Grenzen werden jeweils überschritten und durchlässiger. Es entsteht Hybridität an Stelle von »reinen« Identitäten. Daß durch solche Übergänge eine neue Qualität der Herrschaft und Ausbeutung entsteht, wird zunächst am Beispiel der nationalstaatlichen Souveränität, des Imperialismus und des Kolonialismus dargelegt:

Kapitalistische Herrschaft bezieht sich anfänglich auf bestimmte Territorien. In diesem ›Raum‹ schafft die souveräne Macht Ordnungen, reguliert zunächst politisch die inneren ökonomischen und kulturellen Prozesse. Grenzziehungen, Innen-Außen-Beziehungen, Oben-Unten-Beziehungen sind dabei für die nationalstaatliche Souveränität bestimmend. Die Kapitalverwertung verlangt zugleich das Überschreiten solcher Grenzen, um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlage, koloniale Herrschaft zu sichern. Die Macht über andere Territorien ebenso wie die Kontrolle der Waren- und Kapitalströme werden allein mit nationalstaatlichen Mitteln realisiert. Im vorigen Jahrhundert ist die Kolonialherrschaft zusammengebrochen, es bildeten sich multinationale Konzerne und supranationale Regulationsorgane und global organisierte Produktionen heraus. Damit ist das Souverä-

nitätsmonopol der Nationalstaaten gebrochen, Macht gewinnt eine gewisse ›Ort-Losigkeit‹. (Von aktuellster Bedeutung sind die Rolle der UNO und die der Hegemonialmacht USA.)

Analoge Grenzziehungen und Kontrollmechanismen wirken in der Industriegesellschaft innerhalb der Nationalstaaten – Familie, Fabrik, Gefängnis, Klinik (Foucault). Hier bildet sich die zweite Veränderungslinie, die der Produktionsweise: Im Zuge der Informatisierung und durch das neue Gewicht immaterieller Arbeiten werden Funktionen der Herrschaft und Kontrollmacht – Planung, Organisation, Wissenschaft, Kommunikation – immer stärker Bestandteil von Produktion. Die schon in Ansätzen vorhandene ›Biomacht‹ wird so perfektioniert – im Interesse des Kapitals und der Ausbeutung. Macht realisiert sich nicht primär als Hobbes'scher Leviathan, der über allen thront, sondern als ›Produktion‹ von Subjekten mit ihren Lebensbedürfnissen und Denkweisen gemäß den Kapitalverwertungsbedingungen. Vorrang immaterieller Arbeit und Biomacht bedeuten auch, daß Ökonomisches, Politisches und Kulturelles, Basis und Überbau sich fortschreitend durchdringen und tendenziell zusammenfallen.

In einer dritten Wirkungslinie verändern sich Verhalten der Arbeitenden, ihre Subjektivität, ihre Fähigkeiten, Bedürfnisse, Forderungen, historischen Potenzen. Hard/Negri verweisen insbesondere auf Mobilität und Flexibilität im weitesten Sinne und auf die Leitfiguren des Arbeiters. Im historischen Wandel dieser Leitbilder reflektieren sich alle anderen ›Passagen‹. In dem neuen Proletariat der ›gesellschaftlichen Arbeiter‹ wachsen die Potenzen heran, Biomacht schließlich im eigenen Interesse zu gestalten. Mit diesem Gedankengang ist der Begriff der ›Multitude‹ verbunden. Er ist wohl eher als ›Vielheit‹ zu übersetzen denn mit ›Menge‹. Die Autoren wollen sich von den Begriffen ›Volk‹ wie ›Masse‹ abgrenzen. Volk wurde von der Kontrollmacht gesetzt, dabei die Klassenwidersprüche überdeckend. Masse wird als Aggregat der von der Kontrollmacht genormten und überwachten Menschen gesehen. Die Multitude gewinnt mit der Globalisierung neue Möglichkeiten, ihr eigenes Begehren zu verwirklichen. »Das Biopolitische ist, vom Standpunkt des Begehrens aus betrachtet,

nichts anderes als konkrete Produktion, menschliche Kollektivität in Aktion ... Von Begehren getragene Produktion ist Generation ... und die Akkumulation einer Macht, welche in die kollektive Bewegung singulärer Wesen einbezogen wird. ... In Wahrheit sind wir die Herren dieser Welt, weil unser Begehren und unsere Arbeit sie fortwährend neu erschaffen.« (S. 394)

Damit haben Hardt/Negri ein defensives Verhalten zur Globalisierung überwunden. Sie wenden sich der Frage zu, welche neuen Möglichkeiten und Bedingungen für die Transformation der Gesellschaft mit dem ›Empire‹ entstehen – welche Subjekte in welchen Territorien mit welchen Formen und Graden der Organisiertheit können das Gegen-Empire schaffen? Lenin hatte Marx' Vorstellung von der Revolution in den fortgeschrittensten Ländern ›aufgehoben‹. So stellt sich nun die Frage nach den neuen Kampfformen aus der Theorie vom ›Empire‹ heraus. Sie wollen dabei keine konkreten Organisationsmodelle vorgeben (ist dies weise Zurückhaltung oder ein Defizit des Buches?). Sie umreißen vielmehr die Grundforderungen, auf die sich die Kämpfe richten – Recht auf Weltbürgerschaft, Recht auf sozialen Lohn (wie steht es um eine neue Werttheorie?), Recht auf Wiederaneignung. Erinnernd an Gramsci wird ihnen ›die Kontrolle über Sprache, Bedeutung und die Kommunikationsnetzwerke im politischen Kampf zu einer immer zentraleren Frage.« (S. 410)

Die Autoren waren bemüht, die großen gesellschaftskritischen Diskurse der letzten Jahrzehnte aufzunehmen. Hauptmangel dabei ist, daß oft verabsolutiert wird. Die empirisch belegte Differenzierung, die Darstellung, in welchen Weisen und Kräfteverhältnissen die gegensätzlichen Tendenzen ineinander verschachtelt sind, kommt zu kurz. In entscheidenden Abschnitten freilich gelingt dies – etwa im Abschnitt zur ›Pyramide der globalen Konstitution‹ (S. 320-324). Die herausragende Qualität des Buches liegt in dem komplexen, integrativen und offensiven Herangehen. Das löste bereits mit der englischen Ausgabe 2000 intensive Diskussionen aus. Einschätzungen reichen vom Verriß bis zu seiner Begrüßung als neues Paradigma und Manifest der Linken. ›Empire‹ sollte begriffen werden als Herausforderung zur kritischen Aneignung und wei-

teren Untersuchung auf vorgegebenem Niveau. Die RLS hat die Herausforderung aufgegriffen (<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/empire/Index.htm>).

DIETRICH WAHL

Hans-Jürgen Wirth:
Narzissmus und Macht.
Zur Psychoanalyse
seelischer Störungen in der Politik,
Psychosozial-Verlag Gießen 2002,
439 S. (24.90 €)

Ich lese den Titel und bin neugierig: *Narzißmus und Macht* – was für ein aufregendes Thema. Wem fallen dazu nicht Gestalten seiner Umgebung ein: Chefs, Lehrer/innen, Nachbarn... Gespannt schlage ich das Buch auf, aber schon der Blick ins Inhaltsverzeichnis bringt Ernüchterung und dämpft die Vorfreude. Präsentiert als mächtige Narzißten werden die üblichen Verdächtigen: Slobodan Milosević, Joseph Fischer, Helmut Kohl und Uwe Barschel – die typischen und altbekannten Vertreter der männlichen dominanten Macht also. So wird im Grunde genommen nur eine Art von Macht untersucht, die aber gleich viermal. Was völlig fehlt, aber zum Bild unbedingt gehören würde, das sind subtilere Machtmechanismen oder auch die nicht weniger narzißtischen und mächtigen Frauen. Mich hätte beispielsweise brennend interessiert, welche psychische Veranlagung unsere grüne Soldatenmutter Angelika Beer bewog, sich für spezielle Bundeswehr-Puffs an der Front auszusprechen, um dort »unseren Jungs« mit sauberen deutschen Sex-Dienstleisterinnen die Wehrkraft zu erhalten.

Psychoanalyse ist spannend und erhellend, Ethnopschoanalyse birgt meist Erkenntnisse von bestechender Klarheit – was Hans-Jürgen Wirth hier aber als merkwürdige Mischung beider präsentiert, ist oftmals schlichtweg ärgerlich. Beispiel: Milosević mag »es so empfunden haben, als befehlige er nicht nur die serbischen Truppen im Kosovo, sondern auch die Nato-Bomber, hatte er doch die Angriffe provoziert, und lag es doch zu jeder Zeit des Kosovo-Krieges in seiner Macht, die Bombardements sofort zu beenden.«

In solchen Formulierungen steigert der Autor den ja möglicherweise vorhandenen Narzißmus noch ins unendliche, dank des anscheinend vorhandenen Glaubens an die Allmacht einer einzigen Person offenbart sich aber eher etwas über Klischees und Propaganda als über Milosević und über tatsächliche politische Kräfteverhältnisse.

Was für Möglichkeiten ein Publizist hat, seine narzißtisch-mächtigen Elemente auszuüben, zeigt sich auch an anderer Stelle: So bezeichnet der Autor den früheren Joschka Fischer als »feistes Schweinsgesicht« und »konturlosen Fleischkloß«. Es ist sicher gut für die innere Ausgeglichenheit, sich mal abzureagieren – als Stil einer solch wissenschaftlich daherkommenden Auseinandersetzung jedoch stört es einfach nur.

Anspruch des Autors ist es, die Verflechtungen von persönlichen psychischen Dispositionen und gesellschaftlich politisch erlangter Macht aufzuzeigen. Das gelingt ihm nur unzureichend, denn sein Blick liegt zu sehr auf den untersuchten vier Männern. Das Umfeld, in dem sie agieren, wird nur als graue Masse dargestellt. Dadurch wirken die Karrierewege geradlinig und quasi gottgegeben. Damit bestätigt Wirth die Selbstdarstellung des Narzißten, anstatt sie zu dekonstruieren.

STEFANIE HOLUBA

Christoph Butterwegge u. a.:
Themen der Rechten –
Themen der Mitte. Zuwanderung,
demographischer Wandel
und Nationalbewusstsein,
Leske und Budrich Opladen 2002,
288 S. (15 €)

Ausgehend von der inzwischen zum Allgemeinplatz gewordenen Aussage, daß »Rechtssein« kein »Identitätsmerkmal sozialer Randgruppen darstellt«, sondern daß die Erscheinungsformen und Wirkungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus »nicht vom politischen Diskurs der gesellschaftlichen Mitte getrennt, vielmehr nur in Verbindung damit begriffen werden können« (S. 7), wird hier die Nähe aktueller Debatten der politischen Mitte zur extremen

Rechten untersucht. Untergliedert in die drei Themenschwerpunkte *Zuwanderung in der Diskussion*, *Diskurse zu (Leit-) Kultur, Nation und Volk* und *Rechtsextremismus im Zerrspiegel von Wissenschaft, Politik und Medien* beschäftigen sich neun Aufsätze unterschiedlicher Autoren damit, inwieweit Themen der »politischen Mitte« zu Diskursen der extremen Rechten geworden sind bzw. inwiefern ultrarechte Positionen Einzug in die »politische Mitte« halten. Fazit der Aufsätze ist die Beobachtung, daß es immer mehr ideologische Schnittmengen zwischen der extremen Rechten und der politischen Mitte gibt. Diese Schnittmengen kristallisieren sich beispielsweise an Debatten um eine »deutsche Leitkultur«, oder der »Nationalstolzdebatte« heraus, die im Oktober 2001 Laurenz Meyer mit dem Satz, »Stolz, ein Deutscher zu sein« – bislang Parole der extremen Rechten – lostrat. In diesen Debatten wurden Begriffe und Diskurse »normalisiert«, so daß sie hoffähig werden. Deutlich wird der Rechtsruck im Umgang mit den Vertriebenenverbänden. Samuel Salzborn zeichnet in seinem Aufsatz »Ein neuer deutscher Opferdiskurs. Zur Bedeutung der Vertriebenenverbände« nach, wie diese Verbände in den letzten Jahren zu positiven Stichwortgebern in politischen Diskursen werden konnten und ihre Positionen zum Beispiel im Zusammenhang des geplanten Zentrums gegen Vertreibungen zunehmend selbstverständlicher vertreten konnten. Die Aussagen sind innerhalb eines Normalisierungsdiskurses zu betrachten, der darauf drängt, einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzung mit deutscher Schuld im Nationalsozialismus zu setzen. Die Vertreibungopfer werden in einer Verkehrung historischer Realitäten mit der Massenvernichtung der europäischen Juden verglichen und diese dabei relativiert. Die Etablierung eines »eigenen« Opferstatus der deutschen Vertriebenen läßt die eigene Schuld und Verantwortung ausblenden.

Ein weiteres Beispiel ist die Walser-Bubis-Debatte und ihre Rezeption in den Medien, die Sehnsucht nach einem Schlußstrich unter den Nationalsozialismus und dem Bekenntnis zur Schuld, und nicht mehr permanent mit der deutschen Schande, der »Auschwitzkeule«, konfrontiert werden zu wollen.

Dieser Tenor läßt sich aus allen genannten gesellschaftlichen Diskursen herauslesen. Sei

es das Behaupten einer deutschen Leitkultur, sei es das Bedürfnis, »stolz auf Deutschland« zu sein bzw. sein zu dürfen: Die Entwicklung einer politischen Nationalisierung muß im Kontext einer Erinnerungsabwehr und dem Bedürfnis nach einer »Normalisierung« und damit Versöhnung mit der deutschen Geschichte gesehen werden. Auf den Punkt bringt das folgende Aussage Gerhard Schröders kurz nach dem Regierungswechsel 1998: »Das Deutschland, das wir repräsentieren, wird unbefangen sein, in einem guten Sinne vielleicht sogar deutscher sein« (S. 132). Dieser Rahmen wird besonders in Alexander Häuslers Beitrag zur »Nationalstolz«-Debatte gesetzt. Es wird deutlich, daß für Deutschland nach wie vor Grundlagen eines völkischen Nationalismus wirkungsmächtig sind.

Deutlich wird in den Aufsätzen, wie stark sich Grenzen dessen verschoben haben, was gesellschaftlich sagbar und tragbar ist. Deutlich wird auch, daß es zunehmend schwieriger wird, Positionen der extremen Rechten von denen der »politischen Mitte« zu unterscheiden. Leerstelle bleibt in der detaillierten Analyse ultrarechter Positionen jedoch oftmals, daß sich rechte oder gar ultrarechte Positionen auch in linken Kreisen finden. Auch die Grünen haben sich an der Nationalstolzdebatte beteiligt, auch die PDS proklamiert einen positiven Bezug der Linken auf die Nation. Insofern finden sich die traditionell von der (extremen) Rechten besetzten Felder um Nation, deutsche Identität, Volk auch in linken Parteien und Strömungen wieder. Nach wie vor gibt es eine Bezugnahme auf problematische Begriffe wie »Volk« oder »Nation«, die insbesondere in Deutschland nicht getrennt von ihrer historischen und aktuellen Wirkungsmächtigkeit betrachtet werden kann.

In einigen Aufsätzen zieht sich ein seltsam unkritischer Bezug auf Multikulturalismus und die aktuelle rot-grüne Zuwanderungspolitik durch. Janine Cremer behauptet in ihrem Aufsatz, daß das Thema Zuwanderung erst nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 »konstruktiv diskutiert wurde« (S. 43). Inwieweit eine zunehmende Ökonomisierung der Migration, wie in der Einführung der Green-Card und in der Diskussion um die Einwanderungsgesetze deutlich wurde, konstruktiv sein

soll, bleibt unklar. Seit Rot-Grün hat sich an den Lebensbedingungen von Migranten nichts verbessert, im Gegenteil!

Das Konzept des Multikulturalismus ist inzwischen aus unterschiedlichsten Richtungen zu Recht kritisiert worden, insofern mutet dessen kritiklose Verwendung naiv an.

ANETTE DIETRICH

Heinrich-Böll-Stiftung/ Werner Schulz (Hrsg.):

Der Bündnis-Fall.

Politische Perspektiven 10 Jahre
nach Gründung des Bündnis 90,
Edition Temmen Bremen 2001,
201 S. (12,50 €)

Der Anlaß für die Herausgabe des Sammelbandes durch die grün-nahe *Heinrich-Böll-Stiftung* war zwar der zehnte Jahrestag der Umwandlung der Listenverbindung *Bündnis 90* in die Partei *Bündnis 90* im September 1991. Doch im Mittelpunkt der Erinnerungen und Betrachtungen steht der Untergang des *Bündnis 90* in den (West-)Grünen, der mit der Vereinigung von *Bundespartei Die Grünen* und *Bündnis 90* 1993 eingeleitet wurde. Ein Ereignis, das sich nun zum zehnten Mal jährt. Weitgehend aus dem Gedächtnis der Zeitgenossen verdrängt ist dabei, daß der Vereinigung zu *Bündnis 90 / Die Grünen* die Fusion der *Grünen Partei in der DDR* mit der *Bundespartei Die Grünen* am 2. Dezember 1990 vorausgegangen war und zum Menetekel für die spätere Vereinigung mit dem *Bündnis 90* geworden war, hatten doch die *West-Grünen* in kurzer Zeit die *Ost-Grünen* ohne bemerkenswerte Rückstände verdaut. Freilich konnte auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Neumünster im Frühjahr 1991 die Mitbegründerin der *Grünen Partei in der DDR*, Christine Weiske, mit einer kämpferischen, antikapitalistisch akzentuierten Rede ihre Mitbewerberinnen um das Amt der Bundessprecherin austreten, doch auf den folgenden BDK hielt ihr (westdeutscher) Ko-Sprecher Ludger Volmer die politisch richtungweisenden Reden, während sich ihre Rolle auf das Überreichen von Blumen reduzierte.

Die Protagonisten des *Bündnis 90* aus *Demokratie Jetzt*, *Initiative Frieden & Menschenrechte* sowie Teilen des *Neuen Forums* wollten es anders machen – anders als die *DDR-Grünen* und ganz anders als die *DDR-Blockparteien*, die so schnell unter die Rockschöbe von *CDU* und *FDP* gekrochen waren. Es sollte ein Zusammengehen auf gleicher Augenhöhe werden; *Bündnis 90* sollte sich nicht »wie Zucker im grünen Tee« auflösen (Werner Schulz, S. 138). Das Politikverständnis der Wendejahre, insbesondere ein am Idealbild der Runden Tische orientiertes Modell parteiübergreifender Konsensbildung, sollte ebenso in die gemeinsame Partei Eingang finden wie die Kritik an Parteienkonkurrenz und politischer Polarisierung. Mit dem Grundkonsens-Papier von 1993 wollte man eine gemeinsame wertorientierte Partei schaffen. Doch dieser Grundkonsens, der die politischen Grundwerte der Partei beschrieb, die unterschiedliche Geschichte und Kultur von *Grünen* und *Bündnis 90* würdigte und die inhaltliche Grundlage der neu gegründeten Partei werden sollte, ist – so mutmaßt Marianne Birthler, die ehemalige brandenburgische Bildungsministerin und jetzige Chefin der Gauck-Behörde, – den meisten Mitgliedern der Partei im Westen wahrscheinlich nicht einmal bekannt (S. 185).

Rund ein Jahrzehnt nach dem Vereinigungsparteitag ist der Rückblick von melancholischen bis bitteren Tönen gezeichnet. »Statt eines gemeinsamen bündnisgrünen Aufbruchs zu neuen Ufern konstatieren viele der Mitgründer von damals, daß am Ende die ostdeutschen Bürgerbewegungen kaum nachhaltige Spuren in der vereinigten Partei hinterlassen haben«, schreibt Ralf Fücks, Vorstand der *Heinrich-Böll-Stiftung*, im Vorwort. Das gelte für Programm und Politikverständnis wie für das politische Personal. Was als exemplarisches Gegenmodell zur bloßen Auflösung der *DDR* in die Bundesrepublik angelegt war, sei doch in das gleiche Fahrwasser wie die »Wiedervereinigung« geraten. Vom Osten sei kaum Eigenständiges geblieben, »außer ein paar auffallend kluger, selbstständiger Köpfe, die es aber schwer hatten, in einer fremden politischen Kultur nach oben zu kommen und sich dort zu halten« (S. 7).

Hauptursache für die Marginalisierung des *Bündnis 90* in der grünen Partei ist seine geringe Verankerung in der ostdeutschen Teils-gesellschaft. In ihr fehlen weitgehend jene Milieus, die den Humus für das Aufblühen der *Grünen* im Westen bildeten. Das originäre Kernthema der *Grünen* – die Ökologiefrage – ist im Massenbewußtsein durch wirtschaftlichen Niedergang und hohe Arbeitslosigkeit in der Werteskala auf einen der hinteren Ränge verbannt worden. Zudem war die Entwicklung bereits zur ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 über die Bürgerbewegungen, die als Katalysatoren für den Massenprotest gegen die selbstherrliche *SED*-Führung im Herbst 1989 gewirkt hatten, hinweg gegangen. Die Bürgerbewegungen und die *Ost-Grünen* »betätigten sich im Herbst 1989 zwar als Türöffner für einen neuen politischen Raum in Ostdeutschland, aber die Politik haben andere gemacht« (S. 157), stellt Hans-Jochen Tschiche, 1994 bis 1998 Fraktionsvorsitzender der *Bündnisgrünen* im Landtag von Sachsen-Anhalt, fest. Die Tatsache, daß die *Bündnisgrünen* in den neuen Bundesländern in keinem Landtag (mehr) vertreten sind und lediglich ganze 3 500 Mitglieder aufweisen können, nagt kontinuierlich an der innerparteilichen Stellung der ostdeutschen Landesverbände. »Je stärker der ostdeutsche Teil der Partei schwächelt, umso mehr geht sein Einfluß in der Gesamtpartei zurück« (S. 159), konstatiert Tschiche. Und Werner Schulz analysiert: »Trotz aller Wahlniederlagen, etlicher Ansatzpunkte und Strategiedebatten wurde der Parteaufbau Ost nie als eine Gemeinschaftsaufgabe, sprich Überlebensfrage der Partei begriffen.« (S. 139) Ohne einen »selbsttragenden Aufschwung« bleibt aber der grüne Osten am Tropf der Mutterpartei und wird überdies so wahrgenommen: In ihrem Politikstil, in ihrer Sprache, ja in ihrer ganzen Kultur und in ihrem Personalangebot erscheinen die *Bündnisgrünen* in Neufünfland als Westpartei. Obgleich die *Grünen* bei der Bundestagswahl 2002 in Ostdeutschland Stimmen hinzugewinnen konnten, hängt heute über ihnen das Damokles-Schwert einer Regionalpartei West.

JOCHEN WEICHOLD